

Streitgespräch Christoph Blocher, alt Bundesrat und SVP-Chefstrategie, gegen Pascal Couchepin, alt Bundesrat (FDP)

Das Duell der Alphatiere

Beide treibt die Beziehung Schweiz–EU seit Jahrzehnten um, schon in der gemeinsamen Bundesratszeit 2003–2007 stritten sich Pascal Couchepin und Christoph Blocher herzhaft darüber. Auch im SN-Streitgespräch gehen bisweilen die Wogen hoch.

VON ANNA KAPPELER (TEXT) UND SELWYN HOFFMANN (BILDER)

Herr Blocher, Sie sind aus dem Nationalrat zurückgetreten, um gegen eine Annäherung der Schweiz an die EU zu kämpfen. Was tun Sie, wenn die Schweiz der EU beiträgt?

Christoph Blocher: Tja, dann tritt sie bei. Nur: Dann bedaure ich dies für die Schweiz, denn es wird mit ihr bergab gehen. Die Schweizer werden sich dann an schlechtere Verhältnisse gewöhnen müssen.

Ihre Welt ginge nicht unter?

Blocher: Den Weltuntergang haben wir nicht in den Händen. Die Schweiz aber wäre nicht mehr die Schweiz. Gefährlich ist aber zurzeit das Rahmenabkommen mit institutioneller Bindung. Damit würden wir uns verpflichten, Gesetze der EU zu übernehmen – ohne zu bestimmen. Im Streitfall ent-

schiede der Europäische Gerichtshof (EuGH). Wir gäben die Souveränität weitestgehend auf und ketteten uns an die EU. Das will ich verhindern.

Herr Couchepin, Sie erachten einen EU-Beitritt als fernes, aber wünschbares Ziel.

Warum eigentlich?

Pascal Couchepin: Wünschbar ist nicht richtig. Ich sage lediglich, dass es möglich ist, dass wir einmal beitreten werden. Ich habe keine Angst vor der EU, weil ich in meiner Identität als Schweizer selbstsicher bin. Zudem bin ich auch Europäer. Für mich ist es wichtig, dass wir unser Verhältnis mit der EU ständig weiterentwickeln, um engere Beziehungen zu schaffen. Aber jetzt über einen EU-Beitritt zu sprechen, obwohl die EU in grossen Schwierigkeiten ist, wäre wagemutig. Wir sollten mit einer Beitrittsdiskussion warten, bis sich die EU als Institution stabilisiert hat. Wann das ist und ob überhaupt, weiss ich

nicht. Aber ich bin für Offenheit. Politik ist nicht dazu da, um Türen zu schliessen. Natürlich soll man auch nicht in jede Tür eintreten – aber sich die Möglichkeit dazu offenlassen. Herr Blocher und ich sind alt und werden den Beitritt wohl nicht mehr erleben – aber wir sollten unseren Kindern die Möglichkeit lassen, selbst zu entscheiden.



In den letzten Jahren war man doch mehrmals froh, nicht in der EU zu sein?

Couchepin: Wir waren aber auch froh, dass wir gute bilaterale Verträge mit der EU haben. Ich bin froh, Schweizer zu sein, aber nicht froh darüber, nicht EU-Mitglied zu sein. Ich bin vor allem froh, dass wir gute Verhältnisse mit der EU haben.

Haben wir gute Verhältnisse mit der EU?

Blocher: Ja, natürlich. Offene Türen und ein freundschaftliches Verhältnis zur EU sind gut und recht. Nur: Wo ist die Grenze bei der Türöffnung? Auf jeden Fall dürfen wir unsere Handlungsfreiheit nicht aus den Händen geben – das Selbstbestimmungsrecht ist auch ein Menschenrecht. Die Schweiz ist ein Sonderfall, weil bei uns die Bürgerinnen und Bürger die oberste gesetzgebende Gewalt sind. Das ist eine Stärke der Schweiz.

Couchepin: Die EU ist doch kein Gefängnis! Das haben wir am Beispiel der Briten und ihrem Brexit gesehen. Ob deren Entscheidung richtig war, liegt nicht an mir zu beurteilen. Ich weiss aber, dass wir über unser Verhältnis zur EU immer wieder neu diskutieren müssen. Und bezüglich Demokratie habe ich einige grundlegende Differenzen zu Herrn Blocher: Für mich besteht der Souverän nicht nur aus dem Volk und den Ständen. Teil unseres Demokratieverständnisses ist auch die Gewaltentrennung. Die Gerichte haben eine grosse Wichtigkeit. Das ist das Problem von Herrn Blocher und seinen Leuten: Sie betrachten die Souveränität des Volkes als absolut und als etwas, das sogar die Gewaltentrennung aushebeln kann. Für mich entscheidet das Volk über die Organisation des Landes, aber nicht über Einzelfälle. Wir wollen in der Schweiz so viel Demokratie wie möglich, aber wir wollen auch die Gewaltentrennung. Herr Blocher hat ein Problem damit. Er betrachtet die Gewaltentrennung als zweitrangig.

«Das Volk hat erkannt, dass die EU für uns Schweizer eine Fehlkonstruktion ist. Das gilt auch für die Personenfreizügigkeit.»

Christoph Blocher
alt Bundesrat (SVP/ZH)

Sind Sie gegen die Gewaltentrennung, Herr Blocher?

Blocher: Das ist eine Unterstellung. Die Gewaltentrennung ist zu respektieren, aber sie rechtfertigt nicht, die Bundesverfassung nicht zu respektieren. Der oberste Gesetzgeber der Bundesverfassung ist in der Schweiz die Mehrheit der Stimmbürger und die Mehrheit der Kantone. Für Bundesgesetze ist das Volk der oberste Gesetzgeber. Das sind ernst zu nehmende Staatsgewalten. Das Parlament ist eine weitere wichtige Instanz – aber es darf sich nicht über Volksentscheide erheben. Auch die Gerichte haben ihre wichtige Funktion, wie auch die Exekutive. Alle diese Gewalten haben ihre Schranken, auch das Volk – beispielsweise im zwingenden Völkerrecht. Warum verteidige ich die direkte Demokratie? Weil die Schweiz seit 150 Jahren gute Erfahrungen damit gemacht hat. Das Volk hat viel Unsinn verhindert und eine bremsende Wirkung auf Gesetzesflut und Staatsausgaben. Das wird auch Herr Couchepin als liberaler Mensch so sehen müssen. Zurück zur EU: Der Bundesrat wollte bekanntlich in den EWR, um dann der EU beizutreten. Das hat der Volksentscheid verhindert. Das Volk hat erkannt, dass die EU für uns Schweizer eine Fehlkonstruktion ist. Das gilt auch für die Personenfreizügigkeit.

Couchepin: Mit der Behauptung, die EU sei eine Fehlkonstruktion, wäre ich vorsichtig.

Blocher: (unterbricht) Das ist meine Meinung...
Couchepin: (unterbricht) Sie können Ihre Meinung haben, ich sage Ihnen aber: Die EU läuft. Natürlich häuft sich Krise auf Krise, aber die EU ist eine Meisterin darin, Krisen zu bewältigen. Auch die Schweiz hatte nach dem Befreiungskrieg vom Sonderbund einige Jahrzehnte ihre Schwierigkeiten, aber dann hat sie sich etwa dank der Einführung neuer Rechte stabilisiert. Und natürlich bin ich als FDPler und folglich Gründer der Schweiz begeistert darüber, wie die Schweiz funktioniert. Doch ich widerspreche: Das Volk ist nicht der Gesetzgeber, es kann ein Gesetz annehmen oder ablehnen, aber es nicht selbst machen. Nach dem EWR-Nein hat die Schweiz nach zwei Jahren der Verzweiflung ja dann doch 80 Prozent des EWR-Vertrags umgesetzt. Ohne institutionelle Änderung. In der Geschichte gibt es immer wieder Ereignisse, die man bedauern kann, aber es geht trotzdem weiter.

Blocher: Hier haben Herr Couchepin und ich eine fundamental andere Meinung. 1992 hat die Schweiz darüber abgestimmt, und bei einer Rekordstimmeteiligung von fast 80 Prozent hat sich die Mehrheit gegen den EWR-Beitritt entschieden. Diese Mehrheit ist zu respektieren. 1992 war die Schweiz zerrissen, etwa 49 Prozent wollten damals die Souveränität preisgeben. Heute will kaum mehr jemand in die EU. Nicht einmal mehr Herr Couchepin.

Couchepin: Das ist so, ja.

Blocher: Die Schweiz braucht keine Anbindung an die EU. Heute weiss niemand, in welche Richtung sich die EU bewegen wird. Der Austritt Grossbritanniens ist nicht einfach ein Unglücksfällchen, sondern fällt ins Gewicht: Die Briten sind ein bedeutender Mitgliedsstaat und die zweitgrössten Zahler der EU. Griechenland und Italien sind wirtschaftlich auf die Bezahlung der reicheren Staaten angewiesen. Für sie ist der Euro als Währung zu

Wichtigste Partnerin



Martina Munz
Nationalrätin (SP)

«Wir müssen alles Interesse daran haben, dass es der EU gut geht. Sie ist unsere wichtigste Handelspartnerin, und wenn es der EU schlecht geht, werden auch wir in den Strudel gezogen», sagt die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz. Auch für die Schweiz als Forschungsstandort seien gute Beziehungen zur EU zentral. «Wichtig ist, dass wir das Verhältnis aktiv angehen und nicht einfach abwarten, was die EU macht.» (zge)

WIE WEITER?



DER EURO

Als Gemeinschaftswährung von zunächst elf EU-Mitgliedstaaten wurde der Euro 1999 als Buchgeld und 2002 als Bargeld eingeführt. Heute wird die Währung in 19 EU-Mitgliedstaaten verwendet. Der Euro wird auch in Andorra, Monaco, San Marino und dem Vatikan genutzt – diese Kleinstaaten sind aber keine EU-Mitglieder. Der Euro

war ein stark politisches Projekt, das vom deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl vorangetrieben wurde. Als Einheitswährung löste der Euro die früheren nationalen Währungen ab. Kontrolliert wird der Euro von der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main.



Union ist mit Vertretern der Regierungen besetzt – Minister aus jedem EU-Land, je nach behandeltem Politikbereich.

Die Europäische Kommission ist die Exekutive mit Vertretern aus allen EU-Ländern. Präsident ist Jean-Claude Juncker (Bild).

DI E INSTITUTIONEN

Gerne verwechselt werden die drei Legislativ-Institutionen der EU: Das Europäische Parlament (751 Sitze) repräsentiert die Unionsbürger und ist zuständig für Gesetzgebung, Aufsicht und Haushalt. Im Europäischen Rat treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Länder – Präsident ist Donald Tusk. Auch der Rat der Europäischen

WIRTSCHAFTLICHE ERFOLGE UND PROBLEME

Nach den USA ist die EU mit einem nominalen Bruttoinlandsprodukt von 17,4 Milliarden US-Dollar (2016, Internationaler Währungsfonds) die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt. Sie repräsentiert rund 23 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Im Hinblick auf das Pro-Kopf-Einkommen gibt es ausgeprägte Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsländern: In Nord- und Westeuropa liegt es meist deutlich höher als im Süden und Osten. 2015 waren die Einkommen in Luxemburg am höchsten, am niedrigsten in Bulgarien. Dennoch haben speziell die Länder des ehemaligen Ostblocks nach ihrem Beitritt 2004 wirtschaftlich vom EU-Marktzugang profitiert, etwa durch höhere Direktinvestitionen. Zuletzt sorgten aber die Probleme rund um die Gemeinschaftswährung Euro wiederum für trübere Wirtschaftsaussichten – so sind die finanziellen Probleme Griechenlands weiterhin ungelöst.